

Danke, dass ihr alle gekommen seid.

Ich bin mit verschiedensten Leuten (von euch) hier gewesen, um sie als „Härtefälle“ durchzukämpfen. Einige Beispiele: Selahattin hatte seinen Finger und seinen Job (und den von seinem Onkel Hristo) bei einem Arbeitsunfall verloren, Ahmed hatte seinen Fuß gebrochen und seine Anstellung verloren bei einem Arbeitsunfall, Nikolay war aus Untersuchungshaft entlassen, aber seine Ausreise verboten worden – Alle waren nun obdachlos, sie brauchten Schlafplätze. Alleine hatten sie keine Chance, dieses durchzusetzen, Nikolay und Ahmed hatten es auch schon versucht. Mit deutsch-sprechender und hartnäckiger Begleitung nach x Besuchen und 10 Terminen, wurden sie eingewiesen in städtische Notunterkünfte. Nicht ohne dass ich mir Kommentare anhören musste wie: „Ihr wollt nur unsere Sozialsystem ausbeuten.“ „Geht doch zurück“. „Wegen solchen wie denen bekommt meine Nichte keinen Kindergartenplatz.“ Die Erfolgchancen hingen auch oft vom Anfangsbuchstaben des Nachnamens und somit von dem/der zugewiesenen SachbearbeiterIn ab: Die einen schätzten ihre Handlungsspielräume so, die anderen anders ein.

Die Verteilung von Leistungen darf aber nicht Sprachkenntnissen, Bürokratie-Beständigkeit, Geduld und sozialem Kapital bzw. der Fähigkeit einzelner, soziale Butter aufs Brot der Sach-Bearbeiter zu schmieren, gehorchen. Daraus folgere ich: Auch wenn Rechte vorhanden sind, werden diese oft vorenthalten. Durch bürokratische Hürden. Durch Ressentiments auf Seiten von Sachbearbeiter_innen. Durch hohe schwellen. Durch fehlende Informationsangebote.

Gesetzestreue Politiker_innen und Verwaltungsangestellte auf weisungsgebender sowie ausführender Ebene verweisen gerne auf ihre eingegrenzten Handlungsspielräume, die sie, so leid es ihnen tue, nicht überschreiten könnten. Der Handlungsspielraum, was Wohnen für „hilfsbedürftige Menschen aus den neuen EU-Ländern betrifft, sei stark eingegrenzt, leider. Anspruch hätten nur Leute, die ein Recht auf Sozialhilfe haben. Dies gilt, vereinfacht, für Leute, die (1) entweder schon seit über 3# (oder 5???) Jahren in Muc sind, (2) in regulären Beschäftigungsverhältnissen sind oder waren oder (3) regulär selbstständig sind mit begründeter Aussicht auf Verdienst. Aufgrund des Kapazitätenproblems in München bekomme sowieso niemand Wohnungslosenhilfe, der weniger als die letzten 6 Monate dort ununterbrochen angemeldet ist. Das sei die Realität, alles andere sei idealistisch. Allerdings: im Juni 2010 konnte die Sache für 3 Tage urplötzlich anders aussehen. Nachdem Herr Stummvoll erklärt hatte, wer einige Monate in München gemeldet sei hätte generell Anspruch auf Wohnungslosenhilfe, kamen wir in einer Gruppe von etwa 20 Leuten hier her. Alle bekamen (fast) anstandslos, wohl durch eine Weisung von oben, Notunterkünfte für 4-12 Wochen. Die Sachbearbeiter_innen schüttelten nur erstaunt die Köpfe: Das sei komplett neu. 3 Tage später kam eine neue Weisung – und die Türen waren wieder geschlossen.

Soviel zu den technischen, den bürokratischen Unmöglichkeiten, oder eben Möglichkeiten. Alleine, dass ich aber mit Paragraphen argumentieren muss, kämpfen muss, das Spielräume restriktiver Gesetzgebung doch genutzt werden, ist ein Unding. Menschen leben unter uns mit ihren Familien und Kindern auf der Strasse und es kann nicht sein, das man politische Maximen vor die Menschen schiebt. Diese Realität ist eine, die man mit Rückfahrtickets nicht wegschieben kann. Auch ein paar großzügige Ausnahmen in Härtefällen, die von Wohlfahrts-Stellen durchgeboxt werden müssen, helfen nicht. Und da muss eine Lösung her.

Um zum Ende zu kommen: Es scheint politischer Wille in dieser Stadt zu sein, das hunderte Menschen auf der Strasse leben. Die Stadt, auch schon die Leitung des Amtes für Wohnen hätte die Möglichkeiten, Notunterkünfte, Sozialwohnungen, Angebote der Wohnungslosenhilfe wieder zu öffnen und auszuweiten. Wir fordern, dass sie dies tun.